



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“

Sozialdatenstatistik 2010

Stand: 16.12.2011

Inhaltsverzeichnis

I.	Vorbemerkung.....	3
II.	Zusammenfassung Deutschland.....	4
III.	Deutschland - Daten 2010.....	6
IV.	Zusammenfassung Länder	11
V.	Länder – Daten 2010.....	13
VI.	Tabellenverzeichnis	34

I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuwendungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes mit Hilfen für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden grundsätzlich nach dem Bevölkerungsschlüssel anteilig auf alle Länder verteilt. Im einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der von der Sozialdatenstatistik unter anderem erfassten durchschnittlichen Zuschussbeträge der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfängerinnen, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich voneinander durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den Ländern beruhen daher vor allem auf den unterschiedlichen Lebensverhältnissen.

Das Gesetz über die Bundesstiftung in der Fassung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406) und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung vom 24. Mai 2007 geben den notwendigen verbindlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der Zuwendungsempfänger. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuwendungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragstellerinnen ebenso wie die der Hilfeempfängerinnen geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen Notsituation Schwangerer, auf die die Stiftungsmittel Anwendung finden.

II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes vom 26. Oktober 2011 gab es im Jahr 2010 **677.947** Lebendgeburten. Im Vergleich zum Vorjahr (**665.126** Geburten) stieg damit die endgültige Geburtenzahl um 1,93 an. 2009 war gegenüber 2008 noch ein Geburtenrückgang von 2,6 % zu verzeichnen gewesen.

Die Zahl der **Antragstellerinnen** auf Leistungen aus Mitteln der Bundesstiftung ist in 2010 leicht um 1 % auf 156.536 gesunken und die Zahl der **Hilfeempfängerinnen** ging ebenfalls leicht um 0,2 % auf 144.958 zurück. Für die Bewilligungsquote des letzten Jahres bedeutet dies einen Anstieg auf 93 % von vormals 92 % (Tabelle 1).

Der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, ist im Vergleich zum Vorjahr von 21,8 % auf 21,4 % gesunken. Dennoch bleibt es dabei, dass auch im Jahr 2010 nahezu **jede fünfte Schwangere** Stiftungsmittel erhalten hat (die genaue Zahl liegt bei 4,7).

Unverändert waren 97 % der **Hilfeempfängerinnen volljährig** und wie schon seit 2006 waren nur 3 % im Alter von 14 bis 18 Jahren (Tabelle 2).

Der **wirtschaftliche Status** der Hilfeempfängerinnen ist im Vergleich zu den Vorjahren nahezu unverändert geblieben. Der prozentuale Anteil der Hilfeempfängerinnen, die Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit bezogen, ging im Berichtsjahr von 25% auf 24 % zurück. Dagegen blieben die Anteile der Bezieherinnen von Leistungen nach dem BAföG (5 %), nach SGB II und XII (49 %) oder SGB III (5 %) sowie sonstiger Sozialleistungen (3 %) unverändert gleich. Der Anteil derjenigen ohne eigenes Einkommen und auch ohne einen Sozialleistungsbezug ist mit 13 % ebenfalls konstant geblieben (Tabelle 3).

In 2010 verringerte sich der Prozentanteil der Hilfeempfängerinnen deutscher **Staatsangehörigkeit** von 74% auf 73 % und dementsprechend erhöhte sich der prozentuale Anteil ausländischer Hilfeempfängerinnen auf 27 % (Tabelle 4).

Die Hilfen der Bundesstiftung wurden von den Hilfeempfängerinnen wie in den Vorjahren ganz überwiegend nach der 12. **Schwangerschaftswoche** beantragt. Es stellten 31 % der Hilfeempfängerinnen ihren Antrag zwischen der 12. und 20. und 61 % nach der 20. Schwangerschaftswoche (Tabelle 5).

In der **Lebensform** der Hilfeempfängerinnen gab es eine leichte Veränderung. Zwar lebten wie schon 2009 nach eigenen Angaben 41 % in ehelicher Gemeinschaft, allerdings stieg der Anteil der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden von 37% auf 38 % an, aber der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft Lebenden blieb mit 21 % konstant (Tabelle 6).

Die Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** ist im Jahr 2010 um 8 Beratungsstellen angestiegen. Insgesamt wirkten somit 1.284 Beratungsstellen bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit (Tabelle 7).

Die **144.958 Hilfeempfängerinnen** in Deutschland bekamen **durchschnittlich einen Betrag in Höhe von 651 Euro** aus Stiftungsmitteln ausbezahlt. Dies entspricht gegenüber der durchschnittlichen Bewilligungssumme des Vorjahres in Höhe von 649 Euro einer Steigerung um 0,3 % (Tabelle 9).

In den Ländern Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein hat sich trotzdem die jeweilige durchschnittliche Bewilligungssumme verringert. In Mecklenburg-Vorpommern (435 Euro), Bremen (454 Euro) und Brandenburg (495 Euro) ist die durchschnittliche Bewilligungssumme zwar gestiegen, aber dennoch sind dort die Durchschnittsbeträge im Bundesvergleich am niedrigsten. Am höchsten war der Durchschnittsbetrag in Baden-Württemberg (1.124 Euro), in Bayern (1.029 Euro) und in Rheinland-Pfalz (832 Euro). Die größte Erhöhung des durchschnittlichen Leistungsbetrages gab es 2010 in Hamburg mit 71 Euro. Der größte Rückgang mit 51 Euro war in Bayern zu verzeichnen (Tabelle 29).

Der **Anteil der Beträge pro Erstbewilligung** bis 600 Euro stieg gegenüber 2009 um 1% auf 45 %, dafür sank der Anteil der Beträge bis 1.500 Euro um ebenfalls 1% (Tabelle 10).

III. Deutschland - Daten 2010

Geburtenzahlen: 677.947 Statistisches Bundesamt am 26.10.2011

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland

	Antragstellerinnen	Hilfeempfängerinnen
2005	146.952 (100 %)	132.698 (90 %)
2006	162.550 (100 %)	149.000 (92 %)
Veränderung 2005/2006	+ 11 %	+ 12 %
2007	160.521 (100 %)	147.688 (92 %)
Veränderung 2006/2007	- 1,2 %	- 0,9 %
2008	156.458 (100 %)	145.119 (93 %)
Veränderung 2007/2008	- 2,5 %	- 1,7 %
2009	158.215 (100 %)	145.273 (92 %)
Veränderung 2008/2009	+ 1,1 %	+ 0,1 %
2010	156.536 (100%)	144.958 (93 %)
Veränderung 2009/2010	-1 %	- 0,2 %

Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Alter der Hilfeempfängerin	unter 14 Jahre	14 bis 18 Jahre	über 18 Jahre
2005	34 (0 %)	4.875 (4 %)	127.788 (96 %)
2006	48 (0 %)	4.771 (3 %)	144.181 (97 %)
2007	37 (0 %)	4.589 (3 %)	143.062 (97 %)
2008	47 (0 %)	4.431 (3 %)	140.510 (97 %)
2009	54 (0 %)	3.984 (3 %)	141.235 (97 %)
2010	44 (0%)	3.835 (3 %)	141.079 (97 %)

Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Status der Hilfeempfängerin	Einkommen aus selbstständiger und nicht selbstständiger Arbeit	Leistungen nach SGB III	Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung	Leistungen nach SGB II und XII	Sonstige Sozialleistungen	Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen
2005	29.745 (20 %)	40.252 (28 %)	6.825 (5 %)	25.804 (18 %)	keine Angaben	28.297 (19 %)
2006	30.972 (21 %)	7.921 (5 %)	6.812 (5 %)	73.935 (50 %)	3.188 (2 %)	22.914 (15 %)
2007	33.138 (22 %)	5.729 (4 %)	6.266 (4 %)	75.472 (51 %)	3.443 (2 %)	21.133 (14 %)
2008	35.264 (24 %)	7.252 (5 %)	6.281 (4 %)	71.517 (49 %)	3.790 (3 %)	18.874 (13 %)
2009	35.647 (25 %)	7.303 (5 %)	6.686 (5 %)	70.610 (49 %)	4.030 (3 %)	18.916 (13 %)
2010	35.495 (24 %)	6.835 (5 %)	6.755 (5 %)	70.813 (49 %)	4.335 (3 %)	18.546 (13 %)
Veränderungen in Prozentpunkten 2009/2010	-1 %	0	0	0	0	0

Die ungewöhnlichen Unterschiede im Vergleich 2005 / 2006 in den Spalten 3 und 5 dieser Tabelle beruhen auf einigen bayerischen Abweichungen bei der statistischen Erfassung zum wirtschaftlichen Status. Bayern trennte 2005 noch nach Arbeitslosengeld/-hilfe und Sozialhilfe. Die bayerische Statistik fasste 2006 und 2007 die Leistungen nach dem SGB II und XII und den Leistungen nach den SGB III zusammen. Insoweit sind die Deutschland-Daten 2006 und 2007 hier nur eingeschränkt verwertbar. Eine Umstellung der bayerischen Statistik ist zum 1. Januar 2008 vorgenommen worden.

Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Staatsangehörigkeit	Deutsche	Ausländerinnen
2005	101.859 (72 %)	39.893 (28 %)
2006	107.439 (72 %)	41.541 (28 %)
2007	107.143 (73 %)	40.545 (27 %)
2008	107.436 (74 %)	37.683 (26 %)
2009	107.048 (74 %)	38.225 (26 %)
2010	105.686 (73 %)	39.270 (27 %)
Veränderung in Prozentpunkten 2009/2010	- 1 %	+ 1 %

Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Schwangerschaftswoche	1. bis 12. Woche	13. bis 20. Woche	Nach der 20. Woche
2005	12.094 (9 %)	44.590 (31 %)	85.068 (60 %)
2006	12.604 (9 %)	45.988 (31 %)	90.408 (61 %)
2007	11.989 (8 %)	44.657 (30 %)	91.042 (62 %)
2008	11.441 (8 %)	44.424 (31 %)	89.254 (62 %)
2009	10.949 (7 %)	44.690 (31 %)	89.634 (62 %)
2010	10.886 (8 %)	45.381 (31 %)	88.691 (61 %)

Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Lebensform der Hilfeempfängerin	In ehelicher Gemeinschaft lebend	Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	In eheähnlicher Gemeinschaft lebend
2005	49.909 (43 %)	37.219 (32 %)	28.407 (25 %)
2006	66.672 (45 %)	51.963 (35 %)	30.365 (20 %)
Veränderung Prozentpunkte 2005/2006	+ 2	+ 3	- 5
2007	64.426 (44%)	52.566 (36%)	30.696 (21%)
Veränderung Prozentpunkte 2006/2007	- 1	+ 1	+ 1
2008	59.395 (41 %)	54.864 (38 %)	30.862 (21 %)
Veränderung Prozentpunkte 2007/2008	- 3	+ 2	0
2009	60.083 (41 %)	52.930 (37 %)	32.260 (22 %)
Veränderung Prozentpunkte 2008/2009	0	- 1	+ 1
2010	59.033 (41 %)	54.602 (38 %)	31.323 (22 %)
Veränderung Prozentpunkte 2009/2010	0	+ 1	0

Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen

Anzahl	Schwangerschaftsberatungsstellen	Freie Trägerschaft	Staatlich / kommunale Trägerschaft
2005	1.241	978	263
2006	1.271	1.002	269
Veränderung 2005/2006	+ 2,4 %	+ 2,5 %	+ 2,3 %
2007	1.279	1.013	266
Veränderung 2006/2007	+ 0,6 %	+ 0,9 %	+ 1 %
2008	1.275	1.018	257
Veränderung 2007/2008	- 0,3 %	+ 0,5 %	- 3,4 %
2009	1.276	1.026	250
Veränderung 2008/2009	+ 0,1 %	+ 0,8 %	- 2,7 %
2010	1.284	1.033	251
Veränderung 2009/2010	+ 0,6 %	+ 0,7 %	+ 0,4 %

Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuwendungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung. Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland

Durchschnittsbetrag	Für jede Hilfeempfängerin durchschnittlich
2005	607 Euro
2006	604 Euro
Veränderung 2005/2006	- 3 Euro
2007	606 Euro
Veränderung 2006/2008	+ 2 Euro
2008	629 Euro
Veränderung 2007/2008	+ 23 Euro
2009	649 Euro
Veränderung 2008/2009	+ 20 Euro
2010	651 Euro
Veränderung 2009/2010	+ 2 Euro

Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2010

Anzahl der Erstbewilligungen	bis 300 €	bis 600 €	bis 1.000 €	bis 1.500 €	über 1.500 €
2006	17.404 (12%)	69.460 (47%)	42.232 (29%)	17.963 (12%)	1.807 (1%)
2007	17.886 (12%)	69.460 (48%)	39.111 (27%)	17.248 (12%)	1.693 (1%)
2008	16.112 (11%)	69.878 (48%)	40.541 (28%)	16.834 (12%)	1.752 (1%)
2009	14.543 (10 %)	64.475 (44 %)	45.933 (32 %)	18.350 (13 %)	1.836 (1 %)
2010	13.667 (9 %)	65.610 (45 %)	46.816 (32 %)	17.351 (12 %)	1.513 (1 %)

Die Statistik 2005 enthielt hierzu nur unvollständige Daten.

Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel

(siehe Tabelle 31)

Tabelle 12: Orientierungsrahmen

(siehe Tabelle 32)

Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt

(siehe Tabelle 33).

IV. Zusammenfassung Länder

Im Berichtsjahr 2010 zeigten sich, wie in den Vorjahren auch, zum Teil erhebliche **Unterschiede zwischen den Bundesländern**.

Trotz der für den Stiftungszweck insgesamt mehr zur Verfügung gestellten Mittel ging in 12 Bundesländern die **Zahl der Hilfeempfängerinnen** deutlich zurück. In 2009 war dies nur bei sechs Ländern der Fall. Den höchsten Rückgang gab es in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen, dort gab es im Vergleich zum Vorjahr 626 schwangere Antragstellerinnen weniger, die Hilfeleistungen erhielten. In Sachsen ging die Zahl der Hilfeempfängerinnen nochmals zurück und zwar um weitere 573 Hilfeempfängerinnen. Demgegenüber war der höchste Anstieg der absoluten Bewilligungszahlen in Bayern zu verzeichnen mit 872 Fällen, danach folgt Thüringen mit 276 zusätzlichen Bewilligungen (Tabelle 15).

Die höchste **Quote an bewilligten Anträgen** erreichten in 2010 Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg und das Saarland mit jeweils 97 %, die niedrigste Bewilligungsquote hatten Nordrhein-Westfalen mit 88 % und Rheinland-Pfalz mit 90 % (Tabelle 14 und 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen über 18 Jahren** lag wie in den Vorjahren auch in 2010 bei 97 %, 3 % waren zwischen 14 und 18 Jahren alt. Anträge von Mädchen unter 14 Jahren gab es nur ganz vereinzelt (Tabelle 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfeempfängerinnen** verbesserte sich in den meisten Bundesländern nicht. Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit** bezogen, sank in 2010 bundesweit um 1 % auf 24%. Die größten Veränderungen gab es dabei in Rheinland-Pfalz. Dort ging der prozentuale Anteil der Hilfeempfängerinnen mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit im Vergleich zum Vorjahr um 6 Prozent zurück (Tabellen 17).

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem SGB II und SGB XII** erhielten, blieb im Bundesdurchschnitt konstant bei 49 %. Während dieser Anteil in Thüringen im Vergleich zum Jahr 2009 um 3 % auf 34 % anstieg, ging er in Brandenburg um 5 % auf 49 % zurück.

Bei den **sonstigen Sozialleistungen** stieg die Anzahl der Hilfeempfängerinnen in Baden-Württemberg enorm an - von 1.782 auf 2.423 Fälle und in Hessen von 1.482 auf 1.634 Fälle.

Demgegenüber gingen die Zahlen in Rheinland-Pfalz von 1.651 auf 1.032 Fälle und in Hamburg von 632 auf 474 Fälle zurück.

Im Vergleich zu den Vorjahren stieg der prozentuale Anteil der **ausländischen Hilfeempfängerinnen** in 2010 insgesamt leicht. In den alten Bundesländern lag er zwischen 21% in **Schleswig-Holstein** und 46 % in **Hamburg**. Bremen hatte den höchsten Anstieg von 34% auf 38%. In den neuen Bundesländern war der Anteil weiterhin sehr niedrig zwischen 4 % in **Mecklenburg-Vorpommern** und **Thüringen** und 6 % in **Sachsen** und 7 % **Sachsen-Anhalt** (Tabelle 24).

In den meisten Ländern wurde der Antrag auf Stiftungsmittel überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt, mit Ausnahme von **Saarland** und **Sachsen**, wo 41 % bzw. 48 % der Hilfeempfängerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche stellten (Tabelle 25).

Erhebliche Unterschiede bestehen nach wie vor in der **Lebensform der Hilfeempfängerinnen**. In den neuen Bundesländern lag der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die in ehelicher Gemeinschaft lebten, bei 19 % in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, bei 18 % in Sachsen-Anhalt sowie bei 22 % Brandenburg und Thüringen. In den alten Bundesländern hat das Saarland den niedrigsten Anteil mit 40 % im Saarland und Baden-Württemberg den höchsten mit 56 % (Tabelle 26).

Die Landesstiftungen von Bayern, Berlin, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen verfügten 2010 wie bereits im Jahr zuvor über **zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung**. Gegenüber dem Vorjahr verringerte Sachsen-Anhalt die Eigenmittel um 39 %, Thüringen um 11 % und Bayern um 5 % In Rheinland-Pfalz blieb der Betrag unverändert. Allein Berlin erhöhte die zusätzlichen Mittel um 9 %.

V. Länder – Daten 2010

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Antragstellerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	9.144	14.543	8.552	7.919
2006	10.344	15.959	9.009	7.844
2007	11.156	15.592	8.248	8.188
2008	10.194	13.443	8.190	7.794
2009	11.634	13.099	8.721	7.396
2010	11.285	13.971	8.919	7.274

Antragstellerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	2.241	4.395	10.409	6.087
2006	2.382	4.480	10.458	6.234
2007	2.354	4.658	10.527	6.103
2008	2.190	4.558	10.315	6.120
2009	2.332	4.697	10.487	5.835
2010	2.074	4.687	10.331	5.703

Antragstellerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	18.807	36.242	5.590	1.573
2006	18.877	36.904	5.747	1.765
2007	18.479	36.313	5.728	1.770
2008	17.855	36.682	5.721	1.746
2009	17.942	38.513	5.878	1.856
2010	17.797	37.887	5.718	1.755

Antragstellerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	11.281	7.920	6.705	5.953
2006	11.603	7.905	6.881	6.158
2007	11.292	7.239	6.872	6.002
2008	10.785	7.477	6.769	5.919
2009	10.440	7.209	6.766	5.410
2010	9.867	6.747	6.835	5.686

Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Hilfeempfängerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	7.692	14.258	7.481	7.676
2006	9.140	15.647	8.138	7.522
2007	10.883	15.286	7.371	7.942
2008	10.180	13.179	7.522	7.616
2009	10.737	12.842	7.915	7.205
2010	10.915	13.564	8.101	7.053

Hilfeempfängerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	2.111	4.217	9.054	5.691
2006	2.258	4.333	9.858	5.835
2007	2.240	4.486	9.536	5.757
2008	2.056	4.338	9.569	5.753
2009	2.192	4.459	9.698	5.467
2010	1.971	4.457	9.632	5.382

Hilfeempfängerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	17.163	30.813	4.918	1.522
2006	17.154	32.541	5.048	1.725
2007	16.848	32.287	4.957	1.710
2008	16.370	32.396	5.091	1.702
2009	16.536	33.539	5.379	1.784
2010	16.475	33.367	5.126	1.710

Hilfeempfängerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	10.101	7.384	6.127	5.544
2006	10.335	7.371	6.341	5.754
2007	9.831	6.765	6.189	5.600
2008	10.769	6.998	6.095	5.485
2009	9.556	6.732	6.149	5.083
2010	9.289	6.258	6.296	5.362

Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern

Alter	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
unter 14 Jahre	2	5	1	1
14 – 18 Jahre	190	416	174	101
ab 18 Jahre	10.723	13.143	7.926	6.951

Alter	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
unter 14 Jahre	1	0	3	1
14 – 18 Jahre	44	90	168	132
ab 18 Jahre	1.926	4.367	9.461	5.249

Alter	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
unter 14 Jahre	0	17	2	1
14 – 18 Jahre	578	859	194	63
ab 18 Jahre	15.897	32.491	4.930	1.646

Alter	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
unter 14 Jahre	3	2	4	1
14 – 18 Jahre	245	240	185	156
ab 18 Jahre	9.041	6.016	6.107	5.205

Tabelle 17: Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern

Einkommen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	1.618	6.525	1.496	2.090
2006	2.078	7.118	1.550	1.952
2007	2.967	7.324	1.253	2.132
2008	3.720	6.625	1.935	2.113
2009	3.847	5.900	1.991	2.048
2010	3.368	6.013	1.846	2.196

Einkommen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	353	764	1.584	1.354
2006	339	716	2.056	1.283
2007	333	777	2.223	1.320
2008	327	842	2.354	1.383
2009	264	898	2.203	1.456
2010	253	1.010	2.060	1.423

Einkommen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	1.996	6.087	989	200
2006	1.912	6.234	1.022	286
2007	10.527	6.103	1.017	240
2008	2.400	5.401	1.183	282
2009	2.603	5.705	1.323	274
2010	2.511	5.776	1.569	271

Einkommen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	2.070	888	1.582	2.013
2006	1.699	710	1.655	1.974
2007	1.443	1.020	1.592	2.300
2008	1.561	1.090	1.653	2.395
2009	1.501	1.467	1.825	2.342
2010	1.434	1.517	1.876	2.372

Tabelle 18: Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) nach Bundesländern

SGB III	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	717	7.942	299	651
2006	1.049	0	120	346
2007	616	0	85	333
2008	636	1.427	178	303
2009	646	1.327	207	254
2010	654	1.192	185	265

SGB III	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	340	222	3.775	630
2006	99	202	633	365
2007	49	155	522	331
2008	48	130	793	315
2009	57	233	531	274
2010	49	303	453	289

SGB III	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	9.272	9.749	502	51
2006	529	1.731	555	84
2007	488	1.385	409	60
2008	600	1.270	275	74
2009	652	1.507	298	77
2010	614	1.354	290	69

SGB III	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	5.382	352	708	1.014
2006	479	220	381	1.128
2007	343	173	282	498
2008	324	159	227	493
2009	302	178	247	513
2010	281	148	241	448

Tabelle 19: Leistungen nach BAföG, Ausbildungsvergütung nach Bundesländern

BAföG, Ausbildungs- vergütung	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	828	578	145	392
2006	1.147	550	184	295
2007	760	558	165	320
2008	691	567	198	294
2009	654	555	262	306
2010	680	629	313	291

BAföG, Ausbildungs- vergütung	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2005	88	118	314	459
2006	105	172	305	387
2007	99	200	294	410
2008	97	206	317	408
2009	98	251	325	357
2010	81	150	315	317

BAföG, Ausbildungs- vergütung	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	744	1.059	239	88
2006	855	1.052	225	95
2007	818	892	258	81
2008	910	871	186	96
2009	844	1.015	55	102
2010	885	1.040	158	89

BAföG, Ausbildungs- vergütung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2005	646	392	273	462
2006	489	285	252	414
2007	467	226	292	426
2008	455	204	343	438
2009	390	764	296	413
2010	376	686	299	446

Tabelle 20: Leistungen nach SGB II und XII nach Bundesländern

SGB II und SGB XII	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	815	293	3.010	2.976
2006	1.467	7.762	5.942	3.340
2007	4.378	7.180	5.546	3.388
2008	3.330	4.350	4.796	4.125
2009	3.563	4.879	5.050	3.881
2010	3.551	5.580	5.285	3.460

SGB II und SGB XII	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	92	1.674	534	2.153
2006	1.319	2.223	4.557	3.151
2007	1.361	2.425	4.408	3.024
2008	1.189	2.281	4.593	3.219
2009	1.316	2.328	4.595	2.868
2010	1.180	2.411	4.550	2.830

SGB II und SGB XII	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	462	3.801	1.621	765
2006	9.823	14.840	1.886	888
2007	9.386	15.536	1.989	959
2008	8.305	15.735	1.985	901
2009	8.545	16.205	2.015	995
2010	8.671	16.232	2.025	949

SGB II und SGB XII	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	268	3.940	1.447	1.953
2006	6.352	5.663	2.599	2.123
2007	6.332	4.872	2.630	2.058
2008	7.240	5.062	2.517	1.889
2009	6.423	3.825	2.559	1.563
2010	6.172	3.463	2.663	1.791

Tabelle 21: Leistungen nach AsylbLG nach Bundesländern

Leistungen nach AsylbLG	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	19	14	155	117
2006	14	14	183	92
2007	12	20	157	67
2008	29	6	212	62
2009	109	2	202	62
2010	118	9	263	73

Leistungen nach AsylbLG	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	272	231	268	4
2006	89	216	208	6
2007	99	169	141	5
2008	95	143	101	2
2009	95	111	108	3
2010	67	103	118	2

Leistungen nach AsylbLG	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	617	1.284	9	24
2006	570	1.483	2	28
2007	473	1.047	4	16
2008	378	831	2	22
2009	343	796	3	23
2010	357	786	10	18

Leistungen nach AsylbLG	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	65	159	125	38
2006	68	133	105	47
2007	46	94	98	32
2008	48	92	91	27
2009	35	77	88	24
2010	36	90	95	34

Tabelle 22: Sonstige Sozialleistungen nach Bundesländern

Sonstige Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	9	80	7	775
2007	259	86	11	986
2008	197	83	18	26
2009	136	78	18	26
2010	121	73	16	25

Sonstige Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2006	19	4	678	50
2007	21	6	546	37
2008	29	4	211	37
2009	19	6	454	32
2010	29	6	502	49

Sonstige Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	83	1.172	10	28
2007	169	1.032	11	15
2008	779	2.063	28	17
2009	2.067	842	34	21
2010	2.036	1.004	42	30

Sonstige Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006	63	21	121	68
2007	62	36	68	98
2008	98	25	71	104
2009	91	25	78	103
2010	120	28	170	84

Tabelle 23: Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern

Ohne Einkommen und Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	3.923	116	359	841
2006	3.376	123	152	722
2007	1.891	118	154	716
2008	1.577	121	185	693
2009	1.782	101	185	628
2010	2.423	68	193	743

Ohne Einkommen und Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg - Vorpommern
2005	Keine Angaben	771	2.316	691
2006	288	800	1.421	593
2007	278	754	1.402	630
2008	271	732	1.200	389
2009	343	632	1.482	477
2010	312	474	1.634	472

Ohne Einkommen und Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	3.732	10.271	1.545	330
2006	3.382	7.641	1.348	316
2007	3.384	7.301	1.269	339
2008	1.714	7.509	1.432	310
2009	1.482	7.496	1.651	292
2010	1.401	7.175	1.032	284

Ohne Einkommen und Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	1.329	509	1.564	0
2006	1.185	339	1.228	0
2007	1.138	344	1.227	188
2008	1.043	366	1.193	139
2009	814	397	1.056	125
2010	870	326	952	187

Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2010 nach Bundesländern

Staatsangehörigkeit	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Deutsche	6.767	9.063	5.075	6.727
Ausländerinnen	4.146	4.501	3.026	326

Staatsangehörigkeit	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Deutsche	1.226	2.426	5.828	5.203
Ausländerinnen	745	2.031	3.804	179

Staatsangehörigkeit	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Deutsche	12358	21.305	3.782	1282
Ausländerinnen	4.117	12.062	1.344	428

Staatsangehörigkeit	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Deutsche	8.739	5.851	4.946	5.108
Ausländerinnen	550	407	1.350	254

Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2010 nach Bundesländern

Schwangerschafts-woche	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
1. bis 12.	42	1.063	105	125
13. bis 20.	2.526	3.717	1.012	1.465
nach der 20.	8.347	8.784	6.984	5.463

Schwangerschafts-woche	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
1. bis 12.	86	123	554	64
13. bis 20.	456	985	2.287	1.080
nach der 20.	1.429	3.349	6.791	4.238

Schwangerschafts-woche	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
1. bis 12.	538	4.305	523	432
13. bis 20.	5.547	14.333	1.216	703
nach der 20.	10.390	14.729	3.387	575

Schwangerschafts-woche	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
1. bis 12.	1.183	97	1.051	595
13. bis 20.	4.464	1.710	2.075	1.805
nach der 20.	3.642	4.451	3.170	2.962

Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2010 nach Bundesländern

Lebensform	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
In ehelicher Gemeinschaft lebend	6.117	5.598	3.440	1.518
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3.250	5.744	2.822	2.830
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1.548	2.222	1.839	2.705

Lebensform	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
In ehelicher Gemeinschaft lebend	859	2.045	5.001	1.014
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	734	1.820	3.171	2.431
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	378	592	1.460	1.937

Lebensform	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
In ehelicher Gemeinschaft lebend	7.371	16.427	2.246	686
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	5.606	11.473	1.763	713
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	3.498	5.467	1.117	311

Lebensform	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
In ehelicher Gemeinschaft lebend	1.804	1.102	2.647	1.158
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	4.627	3.249	2.094	2.275
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	2.858	1.907	1.555	1.929

Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	149	61	64
Freie Trägerschaft	99	69	50	55
Staatlich/kommunal	25	80	11	9
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	59	70
Freie Trägerschaft	99	72	49	55
Staatlich/kommunal	25	80	10	15
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	57	65
Freie Trägerschaft	99	72	47	52
Staatlich/kommunal	25	80	10	13
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	52	66
Freie Trägerschaft	103	72	45	53
Staatlich/kommunal	21	80	7	13
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	153	50	62
Freie Trägerschaft	103	77	45	49
Staatlich/kommunal	21	76	5	13
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125	155	54	63
Freie Trägerschaft	104	78	49	51
Staatlich/kommunal	21	77	5	12

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenb.- Vorpommern
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	4	4	77	41
Freie Trägerschaft	4	4	77	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	84	41
Freie Trägerschaft	6	4	84	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	89	41
Freie Trägerschaft	6	4	89	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	94	41
Freie Trägerschaft	6	4	94	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	88	41
Freie Trägerschaft	6	4	88	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	89	42
Freie Trägerschaft	6	4	89	41
Staatlich/kommunal	0	0	0	1

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	226	183	81	19
Freie Trägerschaft	152	159	81	3
Staatlich/kommunal	74	24	0	0
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	233	179	80	19
Freie Trägerschaft	155	157	80	18
Staatlich/kommunal	78	22	0	1
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	244	179	81	19
Freie Trägerschaft	165	157	81	19
Staatlich/kommunal	79	22	0	0
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	239	181	80	18
Freie Trägerschaft	162	158	80	18
Staatlich/kommunal	77	23	0	0
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	249	181	81	19
Freie Trägerschaft	173	158	81	19
Staatlich/kommunal	76	23	0	0
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	245	181	81	20
Freie Trägerschaft	168	158	81	19
Staatlich/kommunal	77	23	0	1

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81	52	50	41
Freie Trägerschaft	60	49	35	41
Staatlich/kommunal	21	3	15	0
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	51	49	40
Freie Trägerschaft	59	48	36	40
Staatlich/kommunal	21	3	13	0
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79	51	49	39
Freie Trägerschaft	59	48	36	39
Staatlich/kommunal	20	3	13	0
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79	50	49	40
Freie Trägerschaft	59	48	36	40
Staatlich/kommunal	20	2	13	0
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	50	49	39
Freie Trägerschaft	60	48	36	39
Staatlich/kommunal	20	2	13	0
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	49	50	40
Freie Trägerschaft	61	47	37	40
Staatlich/kommunal	19	2	13	0

Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2010 nach Bundesländern

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Einkommensgrenzen	Nein (sonstige Einkommensgrenze)	1,7xRS (Härtefälle: 2,5xRS) + Familienzuschläge 55% RS (Härtefälle: 75%) + Unterkunfts-kosten	§ 52 AO; HV 5facher RS, HA 4facher RS	nach § 53 Abs. 1 Nr. 2 AO, 4x bzw. 5xRS, Grundlage: Bruttobezüge
	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Einkommensgrenzen	HV = 2xRS HA = 1xRS + Unterkunfts-kosten	AL: 3xRL HV/HA: 2xRL Kinder 1½ RL zzgl. Warmmiete	Regelsatz x 1,5 bzw. x 2 bei Alleinerziehenden	1,5-facher RS und 2-facher RS bei Alleinerziehenden
	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Einkommensgrenzen	HV = 4,5xRS HA = 2,5xRS	HV=3xRS HA=2x80% RS HA (0-5J.) =1,5x60% RS HA (6-13J.) =1,5x70%RS HA (14-24J.)= 1,5x80% RS AL=3,75xRS +Kinderzuschlag"	HV/HA = 1,5xRS; AL = 2xRS +Mehrbedarf für Schwangere + Kosten der Unterkunft	AL 2,5 HV 1,5 HA 1,5 +KdU
	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5xRS AL = 2xRS; zzgl. angem. Unterkunfts-kosten	HV/HA = 1,5xRS AL = 2xRS + angem. KdU	HV = 2xRS AL = 3xRS zzgl. Unterbringungs-kosten	HV/HA = 1,5xRS AL/HA = 2,0xRS + Mehrbedarf für Schwangere + angem. KdU

Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2010 nach Bundesländern

Durchschnittsbetrag in Euro	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	1.050	922	565	437
2006	1.050	848	555	475
2007	1.047	867	574	460
2008	1.080	1.001	584	472
2009	1.110	1.080	644	465
2010	1.124	1.029	626	495

Durchschnittsbetrag	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	426	521	684	403
2006	398	569	667	360
2007	408	549	683	429
2008	421	559	694	417
2009	437	548	688	417
2010	454	619	684	435

Durchschnittsbetrag	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	485	611	864	653
2006	490	608	890	667
2007	487	598	860	656
2008	524	587	854	668
2009	543	605	840	731
2010	523	597	832	715

Durchschnittsbetrag	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	553	460	532	546
2006	535	457	515	566
2007	516	498	514	551
2008	587	467	524	618
2009	612	521	528	615
2010	616	514	517	630

Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2010 nach Bundesländern

Aufteilung der Beträge	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Bis 300 Euro	2.079	814	740	260
Bis 600 Euro	0	3.934	1.994	4.848
Bis 1000 Euro	91	5.290	4.676	1.890
Bis 1.500 Euro	8.745	2.984	653	28
Über 1.500 Euro	0	542	37	27

Aufteilung der Beträge	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Bis 300 Euro	1.025	5	156	2.666
Bis 600 Euro	594	2.586	3721	994
Bis 1000 Euro	330	1.781	5.407	1.675
Bis 1.500 Euro	16	57	305	28
Über 1.500 Euro	6	28	43	19

Aufteilung der Beträge	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Bis 300 Euro	1.027	1.611	428	35
Bis 600 Euro	10.628	18.484	1.967	938
Bis 1000 Euro	3.939	11.842	1.602	279
Bis 1.500 Euro	792	1.350	723	397
Über 1.500 Euro	89	80	406	61

Aufteilung der Beträge	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 300 Euro	1.299	92	933	497
Bis 600 Euro	3.663	5.052	4.004	2.203
Bis 1000 Euro	3.351	1.039	1.249	2.375
Bis 1.500 Euro	881	75	99	218
Über 1.500 Euro	95	0	11	69

Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern

Zentrale Vergabe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Zentrale Vergabe	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	ja	nein	ja

Zentrale Vergabe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	beides	ja	nein

Zentrale Vergabe	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 32: Orientierungsrahmen

Orientierungsrahmen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja	Siehe Gesamtbewertung	ja

Orientierungsrahmen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	ja	nein

Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung

Zusätzliche Mittel	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja (in Euro)/nein	nein	2.741.414	217.081	nein

Zusätzliche Mittel	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	nein	nein	nein

Zusätzliche Mittel	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	nein	nein	360.000	nein

Zusätzliche Mittel	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	nein	4.100	nein	16.610

VI. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland	6
Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	6
Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	7
Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	7
Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	8
Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	8
Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen.	9
Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII	9
Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland	9
Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2010	10
Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel	10
Tabelle 12: Orientierungsrahmen.....	10
Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt	10
Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern.....	13
Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern.....	14
Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern	15
Tabelle 17: Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern	16
Tabelle 18: Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) nach Bundesländern.....	17
Tabelle 19: Leistungen nach BAföG, Ausbildungsvergütung nach Bundesländern	18
Tabelle 20: Leistungen nach SGB II und XII nach Bundesländern	19
Tabelle 21: Leistungen nach AsylbLG nach Bundesländern.....	20
Tabelle 22: Sonstige Sozialleistungen nach Bundesländern	21
Tabelle 23: Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern	22
Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2010 nach Bundesländern	23
Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2010 nach Bundesländern.....	23
Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2010 nach Bundesländern	24
Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern	25
Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2010 nach Bundesländern ..	29
Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2010 nach Bundesländern	30
Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2010 nach Bundesländern	31
Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern	32
Tabelle 32: Orientierungsrahmen.....	32
Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung	33